

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

44 (7.11.1947)

Deutsche Allgemeine

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Ercheinungstage: Montag, Mittwoch und Freitag. — Einzelpreis RM 2.00, monatlicher Bezugspreis RM 2.20 (inkl. RM 0.20 Trägerrückgabe, bei Zustellung durch die Post RM 2.40 zuzüglich Zustellgebühr)

Anzeigenpreis: Die 2. mm dr. Nonp-Zeile Karlsruher Ausgabe RM 1.00; Pforzheimer Ausgabe und Würtembergische Abendblatt je RM 1.00; Gesamtausgabe RM 2.00. Amtl. Anzeigen 50% Nachsch.

1. Jahrgang / Nummer 44

Freitag, den 7. November 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Welt-Rundschau

New York, (Dena-Reuters). Der politische Ausschuss der UN-Vollversammlung billigte den amerikanischen Plan für eine „Kleine Vollversammlung“ (Interimskomitee) mit 43 gegen 5 Stimmen bei 6 Stimmenthaltenungen. Der sowjetische Delegierte Wjatschkin gab bekannt, daß die Sowjetunion die „Kleine Vollversammlung“ boykottieren werde.

New York, (Ap). Die amerikanische Vertretung der Pressekorrespondenten im Ausland, die „Foreign Press Association“, wird über seine Ansetzung für hervorragende Verdienste und die internationale Verständigung am dreizehnten Jahrestag ihrer Gründung der berühmten Physiker Professor Albert Einstein verliehen. — Einstein habe „hervorragende Leistungen erbracht, den Völkern der Welt die Notwendigkeit einer Achtung der Atomkräfte und der Entwicklung der Atomenergie zu einem Instrument des Friedens klarmachen“.

New York, (Dena-INS). Die Sowjetunion wurde von dem Russischen Beiratskomitee in den Vereinigten Staaten der Unterdrückung des Morde, und der Berührung Blausäure beschuldigt. In einem Schreiben an den UN-Generalsekretär Trygve Lie werden die Vereinigten Staaten aufgefordert, dieses sowjetische Verbrechen zu bestrafen, und die Kontrolle der Blausäure herzustellen, um die nationale Kontrolle herzustellen, um die Blausäure in Kanada, Dr. Alfred F. Derkiewicz, ist aus Polen geflohen und befindet sich auf dem Weg nach den Vereinigten Staaten.

London, (Dena-Reuters). General N. C. D. Buzwala ist als stellvertretender Militär-gouverneur der britischen Zone Deutschlands zum Stellvertreter der neuernannten Militär-gouverneure Sir Brian H. Robertson ernannt worden.

London, (Ap). Mr. Evelyn Walker, ein Parlamentsabgeordneter der Labour-Partei, der von Sprecher des Unterhauses einen Verweis erhielt, weil er einer Zeitung gegen Bezahlung Berichte von Geheimnissen der Labour-Partei zur Verfügung gestellt habe, wurde von der Bezirksleitung der Partei in Doncaster, Yorkshire, suspendiert, sein Mandat niedergestellt.

Milano, (Dena-Reuters). Die in Schottland abgehaltenen Gemeindevahlen erbrachten, nachdem nur noch 3 Prozent der Ergebnisse ausstehen, im wesentlichen keine Änderung des Gesamtergebnisses, das sich am Samstag nach den Gemeindevahlen in England und Wales mit einem überwältigenden Sieg der Konservativen über die Nationalistische Schottlandpartei und die Labour-Partei in Schottland 74 Sitze verloren und 12 gewannen.

Paris, (Ap). Als einer Segen für die französische Arbeiterschaft bezeichnete Leon Jouhaux, der Generalsekretär des französischen Gewerkschaftsbundes (CGT), den amerikanischen Plan einer Wirtschaftsförderung für Europa. Er sehe nicht wie ein solcher Plan der Arbeiterschaft schaden könnte.

Paris, (Dena-INS). Deutsche Kriegsgefangene können, wie ein Sprecher des französischen Innenministeriums erklärte, unter dem Verdacht der Brandstiftung in den Baumwoll-Lagerhäusern von La Havre, entsprechende Untersuchungen seien abgeschlossen worden. Durch 4 Brande seien in den letzten 4 Monaten Baumwollbestände der aus den Vereinigten Staaten eingeführt worden waren, im Werte von 450 Millionen Franken vernichtet worden. Der Verdacht gegen die deutschen Kriegsgefangenen habe sich ergeben, als in der Nacht vom Montag auf Dienstag ein Feuer ausgebrochen sei, wodurch 55 000 Ballen Baumwolle verbrannt seien.

Paris, (Ap). Der fünfunddreißigjährige Franzose Marc Gallon wurde in Aix-en-Provence überführt, der Gestapo angehört zu haben, und zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Milano, (Dena-Reuters). Zwei unbekannte Männer überredeten den ehemaligen General der faschistischen Miliz Forzato Galli, als er zusammen mit seiner Familie in seiner Wohnung die Mittagszeit einnahm und verließen ihn durch Schüsse schwer.

Athen, (Dena). In ganz Griechenland wird Donnerstag Mitternacht der Generalstreik ausgerufen werden, meldet laut Radio Berlin-Berlin AFP aus Athen. Die griechische Regierung hat bereits scharfe Maßnahmen zur Bekämpfung des Generalstreiks in Aussicht gestellt. Es sei vorgesehen, die Arbeiter in Dienstverpflichtung zu stellen. Außerdem sei mit dem Erlaß eines Gesetzes, durch den Streiks verboten werden, zu rechnen.

Rangun, (Dena-Reuters). Auf den burmesischen Premierminister Takin No wurde ein Attentat verübt, als er von einer Pflanzstation in Mingaladon Flughafen eintraf. Takin No wurde jedoch nicht verletzt.

Sachsenhausen Nr. 2

Berlin, 6. Nov. (Dena). Unter der Überschrift „Sachsenhausen Nr. 2“ berichtet der Berliner „Sozialdemokrat“, daß im März 1946 350 deutsche Offiziere nach ihrer Entlassung aus britischer Kriegsgefangenschaft von den Sowjets in vollständig überfüllten Viehwagen unter Bewachung in dreitägiger Fahrt ohne Verpflegung in das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht worden seien. Unterwegs sei ihnen bereits durch sowjetische Posten Uhren und Wertgegenstände abgenommen worden. Beim Eintreffen im Lager habe man sie nochmals aufgefordert, Wertstücke abzuliefern, die dann registriert wurden. Wie das Blatt weiter meldet, sollen sich etwa 500 Offiziere und Beamte der ehemaligen deutschen Wehrmacht, darunter auch Verwehrt, in einem Sonderlager innerhalb des politischen Lagers befinden haben. Die Baracken seien verwastet, die Schlafstellen dreifach übereinander mit 78 Quadratmeter Raum für 120 Mann angeordnet gewesen, die Verpflegung habe aus Wassersuppen und aus Kartoffeln gebackenem Brot bestanden. Bei geringsten Vergehen seien harte Strafen verhängt worden, wie Überführung in den Bunker, wo die Inhaftierten

Die Vorkonferenz in London eröffnet

Die Stellvertreter der Außenminister bereiten Grundlagen für Friedenskonferenz vor

London, 6. Nov. (AP). Die Stellvertreter der Außenminister der großen Vier trafen am Donnerstag kurz nach 16.30 Uhr im historischen Lancaster House zusammen, um die Grundlagen für die Außenministerkonferenz über den Friedensvertrag für Deutschland und Österreich vorzubereiten.

Die Stellvertreter, die die Besprechungen wieder aufnehmen, die von den vier Außenministern vor sieben Monaten in Moskau vertagt wurden, haben folgende Aufgaben zu lösen:

Sie müssen versuchen, sich über Mittel und Wege zur Teilnahme anderer alliierter Staaten an den Friedensverhandlungen zu einigen.

Sie müssen den Umfang und die Art einer provisorischen politischen Struktur für ganz Deutschland beraten.

Sie müssen über die Form der Entschädigung entscheiden, die den Angehörigen der Vereinten Nationen für ihre Anleihe an solchen deutschen Vermögenswerten gezahlt werden sollen, die als Reparationsleistungen bereits verwendet wurden oder in Zukunft verwendet werden sollen.

Als Stellvertreter der vier Außenminister nahmen die Besprechungen auf: Robert Murphy (Amerika), Patrick Dean

(England), Jacques Starbe de Saint-Hadoun (Frankreich) und Andrej Smirnow (Russland).

Ein englischer Vorschlag

Bad Nauheim, 6. Nov. (Dena-Reuters). Auf der ersten Sitzung der Sonderbeauftragten für die Deutschlandfrage am Donnerstag gab der britische Delegierte laut BBC bekannt, Außenminister Bevin habe den anderen Außenministern in einer Note vorgeschlagen, die Sonderbeauftragten sollen das Recht haben, zu erörtern, welche Punkte auf die Tagesordnung der Konferenz des Außenministerkonferenz gesetzt werden und in welcher Reihenfolge sie behandelt werden sollen. Wie der französische Delegierte mitteilte, hat Frankreich diesen Vorschlag angenommen. Der amerikanische und der sowjetische Delegierte äußerten sich nicht zu dieser Frage. Die nächste Sitzung der Sonderbeauftragten findet am Samstagvormittag statt.

Marshall optimistisch

Washington, 6. Nov. (Dena). Der amerikanische Außenminister George C. Marshall erklärte, er werde sein Bestes tun, um bei den bevorstehenden Besprechungen des Außenministerkonferenz in London eine gesunde Basis für einen Friedensvertrag mit Deutschland zu finden. Er

betrachte laufende Verhandlungen niemals pessimistisch, erwiderte Marshall auf die Frage nach seiner Ansicht über die Aussichten der Konferenz.

Zum Marshallplan erklärte der amerikanische Außenminister, er hoffe, daß zu Beginn der gemeinsamen Sitzungen der Senats- und Repräsentanten Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten in der nächsten Woche ein vollständiges Programm fertiggestellt sei. Er lehnte es ab, weitere Einzelheiten über den Plan sowie auch über den chinesischen General Albert C. Wedemeyers abzugeben.

Anklage gegen Manu

Bukarest, 6. Nov. (AP). Der Hochverratsprozess gegen den rumänischen Oppositionsführer Julius Manu und 18 Mitangeklagte nähert sich, nach dem Plädoyer des Staatsanwalter für lebenslängliche Zwangsarbeit (Manu), mit den Schlussreden der Verteidiger dem Ende. Der Anwalt des 73jährigen Manu erklärte, sein Mandant habe nichts getan, was er auf Grund des Gesetzes nicht verantworten könne. Das Gericht möge zwischen politischen und verbrecherischen Handlungen unterscheiden.

Regierungskrise in Rumänien...

Bukarest, 6. Nov. (Dena). Der stellvertretende rumänische Ministerpräsident und Außenminister Georg Tatarescu und die liberalen Minister der Regierung sind laut AFP zurückgetreten. Das Tatarescu vom rumänischen Parlament ausgesprochene Mißtrauen ist augenscheinlich die letzte Etappe einer Kampagne, die bereits seit einigen Monaten gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten und seine nächsten Mitarbeiter geführt wurde.

... und in der Tschechoslowakei

Prag, 6. Nov. (AP). Am Dienstagabend kam es zur schwersten Krise der tschechoslowakischen Regierung seit der Befreiung des Staates im Frühjahr 1945. Es ist eine Sonder Sitzung des Kabinetts anberaumt worden, um die Differenzen zwischen den Kommunisten und den weiter rechts stehenden Parteien zu überbrücken. Die Sonder Sitzung der nationalen Front, der bisherigen Regierungskoalition, die aus acht Parteien besteht, führte zu keinem Ergebnis. Die tschechoslowakischen Demokraten, die tschechische nationale Sozialisten und die katholische Volkspartei verließen den Sitzungsraum unter Protest, und gegen Ende der achtstündigen Beratungen entfernte sich auch der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei.

Das Ziel der amerikanischen Außenpolitik

Veröffentlichung des Außenministeriums

Washington, 6. Nov. (Dena). Der gegenwärtige Stand der amerikanischen Außenpolitik, ihre Ziele und Schwierigkeiten werden in einer abendlichen Veröffentlichung umrissen, die von dem amerikanischen Außenministerium unterbreitet wurde. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, daß die Vereinigten Staaten Gefahr laufen, wirtschaftlich und kulturell isoliert zu werden, wenn sie nicht bereit sind, einen Zusammenbruch Westeuropas durch den Marshallplan zu verhindern. In der Veröffentlichung werden die langfristigen Ziele der amerikanischen Politik unter ihnen die von Präsident Truman im Oktober 1945 bekanntgegebenen, aufgeführt. Diese Ziele sind: Schaffung eines gerechten Friedens, Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wohlstandes der Welt, Förderung der Demokratie mit ihren grundlegenden individuellen Freiheiten und Errichtung von Institutionen zur Erhaltung des Friedens. Dem Erreichen dieser Ziele seien, durch den Mangel an Zusammenarbeit zwischen den Großmächten Hindernisse in den Weg gestellt worden. Es wird Kritik an der sowjetischen „Unversöhnlichkeit“ im Zusammenhang mit einer milderen Gestaltung der Abkommen von Moskau, Jalta und Potsdam geübt.

Bezüglich Deutschland heißt es, der ehemalige Außenminister Byrnes habe 1946 einen Viermächtevertrag auf die Dauer von 25 Jahren zur Einmilitarisierung Deutschlands vorgeschlagen. Trotz britischer und französischer Zustimmung sei die Verwirklichung dieses Vorschlages am Widerstand der Sowjetunion gescheitert. Weiter habe Amerika die Viermächteverwaltung Deutschlands als eine „einzig wirtschaftliche Einheit“ angestrebt. Das Angebot zur Vereinigung anderer Zonen mit der US-Zone habe jedoch nur Großbritannien angenommen. „Die Sowjetregierung hat dargelegt, daß sie eine stark zentralisierte Regierungsform für Deutschland begünstigt, obwohl das Potsdamer Abkommen genau festlegt, daß die Verwaltung in Deutschland auf eine Dezentralisierung der politischen Struktur und die Entwicklung lokaler Verantwortlichkeit ausgerichtet werden sollte.“ In Op-

position gegen eine wirtschaftliche Vereinigung der Besatzungszonen habe die Sowjetunion „darauf bestanden, daß, wenn Deutschland als Wirtschaftseinheit behandelt werden sollte, alle deutschen Industrien in erster Linie für Reparationen und erst dann für Exporte zur Bezahlung der notwendigen Einfuhren produzieren müßten.“ Dieser Vorschlag, so heißt es in der Schrift, „widet als im Gegensatz zu den Potsdamer Reparations-Abmachungen angesehen und würde in Wirklichkeit darauf hinauslaufen, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien den darvorteil Reparationen besahen, insofern als sie Mittel auf unbeschreibliche Zeit weiter Lebensmitteln und andere notwendigen Gütern für ihre Zonen bereitstellen müßten.“ Auch auf anderen Gebieten habe die Sowjetunion nicht nach den Potsdamer festgelegten Richtlinien gehandelt, soweit diese freie politische Betätigung und Versammlungsfreiheit gestatteten. Eine solche Lage könne, wenn sie fortdauere, nur zu einem geteilten Deutschland führen.

Warenhortung, Demontage, Fettversorgung

Wirtschaftsrat und Länder

Frankfurt, 6. Nov. (Dena). Es sei dem Zweimächte-Kontrollamt wohl bekannt, daß in der deutschen Wirtschaft größere Mengen von Rohmaterial und Holzfertigfabrikaten gehortet würden, um sie nach einer durchgeführten Währungsreform günstig absetzen zu können, erklärte der britische Vorsitzende des Zweimächtekontrollamtes Sir Gordon Mac Reedy hier in einer Pressekonferenz. Er fügte hinzu, daß man, obwohl diese Tatsache bekannt sei, bis jetzt noch nichts unternommen hätte um diesem Mißstand abzuschaffen. Es sei dem Kontrollamt bekannt, daß sich der Wirtschaftsrat zur Zeit mit gesetzgeberischen Maßnahmen beschäftigt, die alle Personen, die Waren horten, zwingen sollen, ihre Lager aufzulösen oder zumindest einen großen Teil der Waren der Wirtschaft zuzuführen.

Der amerikanische Leiter des Zweimächtekontrollamtes Clarence L. Adcock fügte hinzu, daß beispielsweise die Stahlproduktion des Monats Oktober, die insgesamt 210 000 Metertonnen habe, gegenüber dem Vormonat um 4 000 Tonnen gestiegen ist, und daß sich die Steigerung dieser Produktion nicht auswirken könne, wenn in dem Maße wie bisher weiter gehortet würde. Zur Demontage erklärte der britische Vorsitzende die deutsche Jugend habe recht, wenn sie den Demontageplan mit Fassung und Optimismus aufnehme, da jetzt Deutschland in der Lage sei, auf dem festen Grund der Wiederaufbau zu arbeiten. Er setzte jedoch hinzu, dies gelte nur für die Bizonen. Es sei erklärlich, daß der Plan bei der älteren Generation keine solche günstige Aufnahme gefunden habe, doch sei es nicht zutreffend, daß der Demontageplan den Tod für die Demokratie bedeute. Beide Vorsitzende wiesen nochmals darauf hin, daß die Demontagepolitik endgültig sei. Es stehe lediglich noch die Entscheidung über die verbotenen Industrien an.

Zur Fettversorgung in der Bizonen erklärte Mac Reedy, daß die Aufrechterhaltung der Regenerativen Fett ration von 100 g pro Person für die im Zuteilungsperiode in der Hauptsache davon abhängt, daß die Erfassung der heimischen Fettproduktion bis auf das Letzte durchgeführt werde. Im übrigen sei er von dieser Erfassung auf das Beste enttäuscht, wenn auch bekannt sei, daß die Fettproduktion durch die anhaltende Dürre im letzten Sommer und die dadurch notwendig gewordenen

Viehschlachtungen nicht so hoch sein könnte wie vorher.

Mac Reedy gab dann eine grundsätzliche Erklärung zu der Frage ab, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, wenn die Länderregierungen oder Einzelpersonen die Gesetze des Wirtschaftsrates nicht beachteten. Der Wirtschaftsrats erlasse Gesetze, sagte er, die bindende Wirkung für die wirtschaftlich vereinte amerikanische und britische Zone haben. In allen zivilisierten Ländern unterliege derjenige, der die Gesetze nicht beachte und sie nicht befolge, der Strafverfolgung. Dies trifft auch für die Bizonen zu, Deutschland, so fuhr Mac Reedy fort, befinde sich zwar in der besondern Lage, keine Zentralregierung zu haben. Für den wirtschaftlichen Teil sei aber in der Bizonen eine Art von Zentralstelle errichtet worden: Der Wirtschaftsrat. Der fehlende Teil werde durch die Militärregierung wahrgenommen. Dennoch würden Beamte oder Regierungen, die den Gesetzen des Wirtschaftsrates keine Folge leisteten, durch die Militärregierungen belangt werden. Bis jetzt sei noch kein solcher Fall der Strafverfolgung durch die britische oder amerikanische Militärregierung bekannt, aber es könne nicht gesagt werden, daß die Militärregierungen dies in Zukunft nicht beabsichtigen.

Ernährungs-Partikularismus

Schlange-Schöningen will rigoros durchgreifen

Wiesbaden, 6. Nov. (Dena). Als Gründe für die mangelhafte Kartoffelversorgung führt Dr. Hans Schlange-Schöningen, der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, in einem Artikel des „Wiesbadener Kurier“ die ungenügende Erfassung und Ablieferung sowie die Tatsache an, daß in einigen Ländern die Neigung bestanden habe, sich selbst zuerst ausreichend zu versorgen. Dr. Schlange-Schöningen erhebt in dem Artikel schwere Vorwürfe gegen diesen Partikularismus „im Ernährungsgebiet“. Die Versorgung der Zugschiffe mit einem Zentner Kartoffeln hätte reibungslos vor sich gehen können, wenn alle Sonderinteressen zu rückgestellt und mein Amt nach besten Kräften unterstützt worden wäre. An dieser bereitwilligen Mitarbeit hat es aber weitgehend gefehlt. „Er müsse feststellen,

Eine Beschlagnahmeaktion

Düsseldorf, 6. Nov. (Dena). Eine Kommission französischer und belgischer Offiziere führt gegenwärtig in Nordrhein-Westfalen die Beschlagnahme aller Kraftwagen französischer, belgischer, holländischer und luxemburgischer Herkunft durch, die im Besitz von Deutschen sind. Die Beschlagnahme erfolgt nach einer von der Kommission angeforderten Liste und erstreckt sich auf alle Fahrzeuge ohne Rücksicht darauf, ob sie von den deutschen Besitzern rechtmäßig in Frankreich, Wehrmacht requiriert oder mit den britischen Truppen nach Deutschland gebracht und dort im Rahmen des Verkaufs überschüssiger britischer Militärfahrzeuge abgegeben wurden. Rund zwanzigtausend Lastkraftwagen und 700 Personenzüge werden nach Angabe von Minister Renner von dieser Aktion betroffen. Eine rückwärtslose Durchführung der Beschlagnahme, erklärte der Minister, würde einen Ausfall von zehntausend Tonnen Transportraum für Nordrhein-Westfalen zur Folge haben, was ein sehr empfindlicher Verlust wäre. Bei der Durchführung der Aktion kam es vor, daß Wagen auf der Straße angehalten und die deutschen Besitzer zum Aussteigen aufgefordert wurden. Minister Renner bezeichnete die rechtliche Lage der Beschlagnahme als noch ungeklärt.

Nazi-Studenten in München

München, 6. Nov. (AP). Vertreter der amerikanischen Militärregierung berichteten, daß sich unter der Münchener Studentenschaft 1943 ehemalige Nazi befinden, was ungefähr 15 Prozent der gesamten Hörschaft einnimmt. Rund die Hälfte aller ehemaligen Nazimitglieder werden der Fragebogenföschung verdächtigt und sollen auf Anordnung des Chefs der US-Militärregierung in Bayern, Brigadegeneral Walter Müller, vor der Universität entfernt werden, falls ihnen eine Fälschung nachgewiesen wird.

Ein Spitzel

Nürnberg, (Dena). Die hiesige Spruchkammer IV verurteilte den ehemaligen Funktionär der Kommunisten Sebastian Moenius in die Gruppe der Hauptstrafverurteilten ein und verurteilte ihn auf die Dauer von 8 Jahren in ein Arbeitslager. Der Betroffene, der seit Anfang der zwanziger Jahre Mitglied und später Funktionär der kommunistischen Partei war, gab im Verlaufe der Verhandlungen zu, seit dem Jahre 1934 Spitzeldienste für die damalige politische Polizei geleistet zu haben. Nach dem Jahre 1933 habe er, so gestand Moenius, wiederholt kleine Gruppen illegal arbeitender Kommunisten denunziert. Er wurde Mitglied der NSDAP im Jahre 1937 und war ab 1941 verantwortlicher Führer verschiedener Lager, in denen sich ausländische Staatsangehörige befanden.

Einer der Hitler immer noch liebt

Nürnberg, 6. Nov. (AP). In der Verhandlung gegen Angehörige der berüchtigten Einsatzkommandos sagte einer der Angeklagten, der ehemalige Stabschef Walter Blume, er würde auch jetzt Mord begehen, wenn Hitler, den er immer noch liebe und für den er Bewunderung hege, den Befehl dazu gebe. Blume erklärte beharrlich, immer nur Juden männlichen Geschlechts und niemals Frauen und Kinder getötet zu haben. Nichts destoweniger würde er, ohne zu zögern, auch eine schutzlose Frau erschießen, wenn Hitler ihm das befehlen würde. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, ob er Hitler auch jetzt noch für einen großen Mann halte, nachdem dieser Selbstmord begangen habe und Leute wie den Angeklagten die Schuld abwälzen habe, erwiderte Blume, der Führer habe keine andere Wahl gehabt. Auf weitere Fragen hin brachte er gewisse Zweifel vor.

Hamburg, 6. Nov. (Dena-DFP). Der Chefredakteur der Zeitschrift „Gegenwart“, Dr. Robert Haerdter, erklärte auf einer Veranstaltung der „Deutschen Kriegsgefangenenhilfe“, nach dem letzten französischen Erhebungen befänden sich zurzeit noch 533 000 deutsche Kriegsgefangene in französischen Lagern.

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US-WB III. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Felix Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Telefon 2601 und 2602. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 23.

Auftakt in London

FXR. Das große Fragezeichen, das über zahlreichen Problemen der europäischen Zukunft schwebt, hebt sich seit gestern nachmittag deutlich als bisher noch stark bewölkt politischer Hintergrund ab. In London haben die Stellvertreter der Außenminister die Vorarbeiten zur Konferenz der „Großen Vier“ begonnen, und damit das Interesse von den verschiedenen Brennpunkten des „kalten Krieges“ auf jene Arena konzentriert, in der diesmal fraglos eine entscheidende Begegnung mit weitreichenden Auswirkungen stattfinden wird.

Als die März-Konferenz der Außenminister in Moskau ohne greifbare Ergebnisse auseinandergegangen blieben alle die großen Erwartungen, die ihr vorangegangenen waren, an einem dünnen Faden Hoffnung hängen, daß die Zeit bis zur November-Konferenz in London den Abstand zwischen Ost und West verkleinern werde. Inzwischen hat uns die Praxis eines besseren belehrt. Der Ablauf der weitpolitischen Ereignisse hat eine fortschreitende Verfestigung auf beiden Seiten bewiesen, welche die Aussichten auf eine Einigung in London immer weiter verringert haben. Die unangenehme Politik des internationalen Kommunismus, die zielbewußte Festigung des Ostblocks durch Besetzung der demokratischen Oppositionen, das verständnisfeindliche Veto bei der Behandlung der Weltprobleme und eine mitunter unverhohlenen aggressive Propaganda haben als ganz natürliche Auswirkung eine Aktivierung in die Politik des „Westens“ gebracht. Diese offenkundige Konsequenz beider Haltungen läßt kaum die Erwartung zu, daß bei der Londoner Konferenz eine Einigung erzielt werden könnte, wie sie nach den Beschlüssen von Jalta und Potsdam nicht nur möglich, sondern auch beabsichtigt erschien.

Von den Auswirkungen dieser Entwicklung wird Deutschland am weitestgehenden betroffen. Denn die Teilung in eine westliche und eine östliche Hälfte, jener längst vorhandene Zustand mit seinen wirtschaftlich und politisch gefährlichen Begleiterscheinungen, wird aller Voraussicht nach als unvermeidliche Tatsache erkannt werden.

Deutschland selbst blieb Objekt der Weltpolitik und konnte keinen unmittelbaren Einfluß zur Abwendung dieser Entwicklung gewinnen. Das spricht die deutschen Politiker und das gesamte deutsche Volk nicht frei von dem Vorwurf, daß eine ehrlicher und aktiverer Behandlung wenigstens jener Fragen, die einer deutschen Lösung überlassen wurden, indirekt die Rolle Deutschlands im internationalen Kräftefeld hätte vorteilhaft beeinflussen können. Aber weder diese betrübliche Feststellung noch ein voraussetzendes Wehklagen über die „una diktierte“ Entwicklung kann helfen. Notwendig bleibt nach wie vor — und eigentlich mehr als

je — ein klarer Blick für die Realitäten und von ihm ausgehend der Wille, mit den verbleibenden Mitteln eine lebenswerte Zukunft zu bauen. Nicht verirrte nationale Empfindungen, nicht der ewig wiederholte Versuch, die Schuld bei „den anderen“ zu suchen, sondern der Glaube an die Ideale einer echten Demokratie und harte Arbeit werden zu diesem Ziel führen.

Zug nach rechts?

Auch jenseits von Gut und Böse, von „roter Gefahr“ und „linker Reaktion“, von Schlagworten, wonach der Feind rechts oder links stehe, breiten sich gegenwärtig deutliche Wahlergebnisse von den Völkern Westeuropas aus. Die Gaule konzentrierte in Frankreich Wählermassen um eine Sammelbewegung. Churchill's Konservative triumphierten in den Gemeindevahlen über die britische Arbeiterregierung und im Ruhrgebiet errangen die Sozialdemokraten an Stelle der Kommunisten die unbestrittene Führung unter den Betriebsräten der Kohlengruben; selbst Kandidaten der CDU stellten sich in gleicher Zahl neben den kommunistischen Beratern. Also ein Zug nach rechts? Also ein vorschnepperndes Pendelschlag zurück vom Zug nach links, der seit dem Waffenstillstand den westeuropäischen Ländern die Atmosphäre vorschrieb? In den Parteien Kräftigung des gemäßigten oder sogenannten rechten Flügels, in den Parlamenten Stärkung der gemäßigten, der Mittel- oder der Rechtenparteien und, dem im Gegensatz, in den Ländern Osteuropas mit der sowjetischen Variante einer Demokratie, welche der Opposition, die dort immer Widerstand der Gruppen ist, die rechts der Regierungen stehen, geringe Existenzrechte zubilligt. Zertrümmerung einer dieser Rechtsopposition in Prozessen (Marju und Petkoff in Rumänien und Bulgarien), Haftbefehle in Ungarn und Bildern des Zerkov's (Mikolajevik in Polen), dies scheint die Entwicklung.

Der Rückschlag, der auch nach 1918 nicht ausblieb, aber länger auf sich warten ließ, scheint diesmal um Jahre früher zu kommen. Weil die Demokratie versagte? Mitnichten! Weil die Not des Nachkriegs und der Zwiespalt der Sieger es ihr zu schwer machten. Weil der Ruf nach Freiheit und Glück in aller Welt inmitten des Riesenevakuens so resonanzvoll ist, jener Freiheit, welche die Völker gestern nach links und heute nach rechts zieht. An den Enden jener beiden Entwicklungslinien drohen stets die Gefahren der radikalen Konsequenz. Der heimliche Zug vieler Zeitgenossen zu einem Aristokratismus und Konservatismus neuer Prägung hat sich heute um einen Da Gaulle gesammelt, aber auch um einen Ernst Jünger, der Mann im Zwielicht. Selbst ein neuer Monarchismus reist hier und da mit im Abfall. Der Zug nach rechts, der von 1918 nach 1933 führte, lehrt, warum die Reise nicht sehen darf. P. L.

Gustaf Adolf und Ebba Brahe

Von Elsa Carlberg, Stockholm
„Ohne Panzer ist sich großer Leben.“ Gustaf Adolf.

Wenn man sich in Europa nach mehr als 300 Jahren noch immer am 1. November Gustaf Adolf ins Gedächtnis ruft, so geschieht es, weil das Heldentum, das die frühe Milde seines Weens und das überpöhlische Schicksal, zu dem seine Lebenslinie anstieg, immer ein Echo finden werden, ganz abgesehen von dem, was dieser Schwedenkönig in Europas geistiger und politischer Geschichte bedeutet hat.

Doch soll hier nicht von seinem kriegerischen und politischen Wirken die Rede sein, auch nicht von seiner Persönlichkeit — hier soll nur auf einige Jugendereignisse ganz privater Natur, die als solche mehr im Schatten liegen und daher weniger bekannt sind, hingewiesen werden.

Zwischen Gustaf Adolf, dem neunzehnjährigen König, und Ebba Brahe, einer jungen Verwandten aus einem der Vasallenhäusern und verwandtschaftlichen Geschlecht, entstand im Winter 1612/13 leidenschaftliche, tiefe Neigung. Ihr Vater, Regentstatthalter Graf Brahe, war der erste Mann im Staate und sie selbst erst siebzehnjährig, schön, begabt und mit großen Forderungen an das Leben. Der Hofdame der Königin-Mutter, Da der Begründer der Vasaldynastie, Gustaf Vasa (der Großvater Gustaf Adolfs) nach einer kurzen, unglücklich verlaufenen Ehe mit einer schwedischen Prinzessin erklärt hatte, er liebe den schwedischen Adel ausländischen Fürstentümern vor, worauf er sich dann — zweimal — Königinnen aus schwedischen alten Geschlechtern gewählt hatte; da auch sein Sohn Johann III. diesem Delinquenten gefolgt war, sah es aus, als würde Ebba Brahe, ohne auf große

Hindernisse zu stoßen, den schwedischen Königinnenthron bestiegen können. Aber an der „Staatsklugheit“ der Königin-Mutter scheiterten die wiederholten Versuche Gustaf Adolfs, ihre Einwilligung zur Ehe mit Ebba Brahe zu erlangen; ja Königin Kerstin machte ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit noch deutlicher, dadurch, daß sie Ebba Brahe hart behandelte.

Neun Briefe Gustaf Adolfs an Ebba Brahe sind uns erhalten. Die acht ersten gleichen einander an Inhalt und Ton.

Vor einer bevorstehenden längeren Trennung schreibt er ihr:

„Wohlgebornes Fräulein —
Herzensallerliebste Base —

Ich habe gehofft, daß ich, wie Ihr mir zugesagt — und wonach ich große Sehnsucht habe — mit Euch ein wenig würde reden können, um Euch gute Nacht zu wünschen; aber da dieses Glück mir nicht hat widerfahren sollen, habe ich mich erdruhet, um der großen Liebe zu Euch und der guten Absichten willen, von denen mein Herz (das unglückselige) ganz erfüllt ist, dieses grobe und verbleibende Papier mit meiner schlechten Handschrift zu bemalen; es soll mir jedoch (da ich in der Eile kein anderes bekommen habe) dazu dienen, Euch meines zu allen Diensten bereiten guten Willens und meines demütigen und trauen Sinnes, dazu meiner Beständigkeit so lang ich lebe, zu versichern; dergleichen Euch demütiglich zu bitten, in Günst und Wohlgenachtheit gegen mich zu verharren und in Eurem tugendhaften Herzen standhaft zu bleiben.

Seld eingedenk der Sorge, die ich für Euch trage, und wenn ich nun auch mit dem Körper von Euch scheiden muß, so wird doch Herz und Gedanke ständig bei Euch bleiben. Und da ich befürchte, daß ich längere Zeit Euren Anblick und Umgang werde entbehren müssen, so habe ich die Blume, die die Deutschen Vergil-

Heimatlose in der Heimat

In einer abgetragenen Uniform mischte sich der DINA-Sonderberichterstatter Arthur Höhl unter die heimkehrenden entlassenen Kriegsgefangenen und begleitete sie das letzte Stück ihres langen Weges bis ins Lager. Im Folgenden berichtet er, was er hörte und sah.

Im Morgengrauen kommt der Schnellzug mit den drei Sonderwagen für entlassene Kriegsgefangene aus der Sowjetunion in Um an der Donau an. Drei bis vier, manchmal auch mehr Jahre haben die Männer, die dort so gelassen stehen, auf diesen Augenblick gewartet. Keiner ist nervös oder ungeduldig, irgendwie hat das russische „Nitschewo“ — macht nichts — auf sie abgefärbt. Die Aufnahmeformalitäten im Lager sind rasch erledigt. Was soll man auch fragen? Der Heimkehrer wird seine Wünsche vortragen, wenn sie ihm klar werden. Zunächst steht er noch zwischen Steppen und Zivilisation. Zwischen der großen Reize der Normalität, die durch das Lager gehen, gibt es Einzelgeschicksale, die den Wirrwarr der europäischen Völkerwanderung des 19. Jahrhunderts erst richtig zum Bewußtsein bringen.

Die meisten der Heimkehrer wollen so rasch wie möglich nach Hause, — trotz der 2000 Kalorien, die es täglich im Lager gibt. Die Auskünfte, die sie hier geben müssen, beziehen sich hauptsächlich auf ihre noch in der Gefangenschaft befindlichen Kameraden. 6000 Heimkehrer überbrachten der Heimat im letzten halben Jahr 1914 Todesmeldungen; ein Transport von 320 Mann allein 411. Aber außer den letzten Größen der Gefallenen und Gestorbenen überbrachten sie auch rund 2000 Nachrichten von lebenden Kameraden. Nur Einzelne, die Sekretariat Angehörigen mehr haben, lassen sich auf die Adresse eines Kameraden in die US-Zone anlassen. Sie werden vom Entlassungslager aus entweder auf ein Vierteljahr in ein Heimkehrersanatorium eingelassen oder sofort in Arbeit in 1700 oder Umgebung vermittelt. Sie erhalten ein Vierteljahr lang täglich 3000

Beschäftigungsverbot für Frauen

Stuttgart, 6. Nov. (Eig. Ber.) Der Länderrat sieht sich veranlaßt, erneut auf das grundsätzliche Beschäftigungsverbot für Frauen in verschiedenen Berufsgruppen hinzuweisen. Demnach ist es für Frauen verboten, in Bergwerken und Salinen, Steinbrüchen, Untertagearbeiten und Baustellen jeder Art zu arbeiten. Ausnahmen sind nur in ganz besonders begründeten Einzelfällen zugelassen. Ferner ist es Frauen grundsätzlich verboten, Arbeiten mit bishaltigen Stoffen oder die Entfernung bishaltiger Anstriche auszuführen. Als Führerinnen und Lenkerinnen dürfen Frauen nur beschäftigt werden, wenn die Tätigkeit ist nicht übersteigt. Auch dürfen Frauen mit dem Tragen von Einzelteilen nur bis zum Höchstgewicht von 12 kg beschäftigt werden. Dagegen sind der Aufstellung zufolge verschiedene früher fast ausschließlich den Männern vorbehaltene Berufe für Frauen freigegeben, um dem Arbeitskräftemangel entgegenzutreten. Dazu gehören in den landwirtschaftlichen Berufen: Imker, Gärtner, Geflügel- und Pelztierzüchter, sowie Saat- und Pflanzenzucht. Im Metallgewerbe können Frauen jetzt Hilfspolier, Fein- und Elektro- und Büromaschinenmechaniker, Radio- und Elektromechaniker, Optiker und Uhrmacher werden. Weitere zugelassene Berufe sind: Maler, Tapezierer, Glaser, Buchdrucker, Schuhmacher, Kunsttischler und Verkehrspolizist. — fz.

Wiederaufbau der Jugendwohlfahrt

Stuttgart, 1. Nov. (Eig. Ber.) In der 25. Sitzung des Länderrats wurde ein Gesetzentwurf des Wohlfahrtsausschusses über Aufbau und Verfahren der Jugendwohlfahrtsbehörden zur Verabschiedung durch die Länder unter Rechtsangleichung empfohlen. Damit wird das auf dem Nüßli-Prinzip aufgebauete Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das der gegenwärtigen Jugendnot in keiner Weise mehr gerecht wird, und den Anforderungen des Kontrollrats widerspricht, weitgehend abgeändert. Das Gesetz sieht die Errichtung von Jugendämtern in den Kreisfreien Städten und den Landkreisen als Organe der Selbstverwaltung vor. Ferner sollen den Jugendwohlfahrtsausschüssen Vertreter der Gemeinden, der freien Wohlfahrts- und Jugendverbände und der anerkannten Religions- und Kultgemeinschaften angehören. Über die beratende Funktion dieser Ausschüsse hinaus sieht das Gesetz das Beschlußrecht in grundsätzlichen Fragen der Jugendwohlfahrtspläne vor. Als oberste Aufsichtsbahörden sind die Landesjugendämter vorgesehen. — fz.

Deutschland-Rundschau

Verleitet Westwärts

Stuttgart, (Dona). Die Göttinger der 107. Periode wird bis zum 23. November verlängert.

Stuttgart, (Dona). Die ehemalige Landesvorsitzende der CDU Westfalen-Baden wird am kommenden Sonntag und Sonntag in Ellingen am Neckar stattfinden. Der erste Vorsitzende der CDU, Minister Josef A. B. wird über die Lage der CDU und ihre Stellung zu den herrschenden politischen und wirtschaftlichen Problemen der Gegenwart sprechen.

Stuttgart, (Dona). Am 1. Dezember wird die Schöpfung auszuweisen Deutsche dürfen, wie die Geschäftsstelle des Caritasverbandes für Württemberg-Baden mitteilt, zunächst nach Kanada auswandern. Voraussetzung für die Auswanderung sind in jedem Falle die Bürgerschaft einer kanadischen Firma oder eines in Kanada lebenden Angehörigen, sowie eine Ausreisegenehmigung der örtlichen Militärregierung.

Stuttgart, (Dona). In Zürich wurde, wie der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett mitteilt, ein Komitee zum Aufbau der Stadt Stuttgart gebildet. Das Komitee, dem unter anderem auch der Stadtdirektor der Stadt Zürich, Dr. A. Luechinger, angehört, wird sich an alle bilinguischen Menschen der Welt wenden, um für den Wiederaufbau der Stadt Stuttgart Mittel zu beschaffen.

Nürnberg, (Dona). In den Nürnberger Schuberschriften liegen 25 000 Post Lehrscheine, die zur Linderung der gegenwärtigen dringenden Not wesentlich beitragen könnten, gab Oberbürgermeister Hans Ziegler in der Ratssitzung bekannt. Der Wirtschaftsreferent der Stadt habe deshalb dem hiesigen Wirtschaftsminister vorgeschlagen, wieder Be-

von-Schulden in angemessener Höhe für Nürnberg zur Verfügung zu stellen.

Bayreuth, (Dona). Im Fischbühlanger auf der Plassenburg bei Kulmbach wurde infolge Unregelmäßigkeiten in der Verrechnung der Köcheler Kasse sowie der früheren Leiterin und seitig Leiter des Erdbrunnens der Stadt Kulmbach, Koldewey, vom Dienst suspendiert.

München, (Dona). Ein Beamter der Landpolizei in Passau wurde beim Öffnen einer Gefangenzelle von 4 röhlichen Stabwunden getroffen, die wegen Diebstahls inhaftiert waren. Angefallen und mit dem Köben seines eigenen Gewehrs niederschossen.

Würzburg, (Dona). Der Vorsitzende des Wein-, Trink- u. Brauereiverbandes Bayern, Richard Schubert, wurde unter dem Vorwand von Unregelmäßigkeiten in seiner Geschäftsführung und der Weibewirtschaft verhaftet.

Ansbach, (Dona). Durch einen Großbrand wurde in Waldenau, Landkreis Ebern, ein Hotel, die Holzschleifer der Arbeitsgemeinschaft Kunst und Keramik mit sämtlichen Maschinen, Werkzeugen, Rohmaterial und Fertigwaren sowie ein Teil einer danebenliegenden Bierwirtschaft vernichtet.

Düsseldorf, (Dona). Die Zahl der Besucher auf der deutschen Presseausstellung betrug am Dienstag 5000. Insgesamt zählte die Ausstellung in den ersten vier Tagen nach der Eröffnung 48 000 Besucher.

Düsseldorf, (Dona). Ehemalige Kasernen, die von den britischen Besatzungsgruppen und Behörden nicht mehr benötigt werden, sollen in Zukunft für den Gebrauch deutscher Zivilisten oder verschiedener Personen freigegeben werden.

Hamburg, (Dona). Auf der 21. Sitzung der Hamburger Bürgerschaft wurde einstimmig

Kommt, habe ich Euch noch einmal an Euer Versprechen erinnern mögen: daß Ihr vor allen Mannspersonen mich allein lieben wöllt; das hoffe ich und bitte herzlich, daß Ihr Euer Herz und Sinn nicht ändern mögt, wie denn auch ich nur, hin und bis an mein letztes Ende sein werde. Euer treuer und dienstwilliger Vetter, G. A.

Die Entfremdung war keine vorübergehende. Noch während des russischen Feldzuges suchte der König Vergessen bei der Tochter eines reichen holländischen Kaufmanns, Margareta Cabellou, und ein Sohn entpuppte dieser Verbindung, was der Königin-Mutter zu hoher Zufriedenheit gereichte. Es wurde ihr nun nicht schwer, Ebba Brahe zur Ehe mit Schwedens rühmbedecktem Krieger, dem Feldmarschall Jakob de la Gardie, zu überreden; 1617 ist die Verbindung, 1618 wird die Hochzeit gefeiert und der junge Hof nimmt an den Festlichkeiten teil. Nur der König ist abwesend. Er macht mit einem neugebauten Segelschiff eine Probefahrt auf der Ostsee.

Nachdem er gefallen war, wurde bei der Einbalsamierung in Weissenfels sein Herz in eine silberne Kapsel eingeschlossen und der Königin zugesandt. Sie nähte es in Seide ein und führte es überall mit sich.

Hochzeitsreise im Omnibus
Der letzte Schrei der Mode in den USA ist eine Hochzeitsreise im Super-Omnibus. Diese Super-Omnibusse, die von der „Greyhound Corporation“, dem größten Verkehrsunternehmen der Welt, herabgebracht worden sind, haben zwei Stockwerke und können 25 Paare aufnehmen. Die Wagen enthalten 25 kleine, mit allem Komfort ausgestattete Apartments, ferner 25 Schlafmatten mit eigenem Waschraum und eigener Badanlage. Begleitet wird die Reisegesellschaft von einer jungen Hausdame,

Das Dach des Omnibusses kann zu Promenadendeck, zu Sonnenbänken und als Tanzfläche benutzt werden. Wenn es als Daughtagen dient, wird die Luft mit Blumendüften parfümiert. Um das Publikum zu Reisen in diesen Wagen zu veranlassen, seien die großen Tanzorchester Americas als neuen Schläger: „Steig ein, mein Liebling, die Sonne leuchtet...“ Bald nach die Nacht mit Sternspracht. Drum fest in meine Arme rutsche, das Glück winkt in der Liebeskutsche.“ P.

Bühnennotizen. Jean Paul Sartre's Drama „Die Fliegen“ wurde in der vergangenen Spielzeit in New York von drei verschiedenen Stücken gleichzeitig mit großem Erfolg aufgeführt, darunter in einer Inszenierung Erwin Piscators. In Berlin wird Jürgen Fehling das Stück im Hebbeltheater inszenieren. — Peter Martin's Komödie der erfolgreichen Stücke „Revolve im Erziehungsraum“ und „Gittas über Berlin“ hat ein neues Schauspiel „Flucht vor uns selbst“ geschrieben. — Das Stadttheater Osnabrück erwirbt Annalies Högstes Werk, die Komödie „Einkauf auf Schloß“, zur gleichzeitigen Uraufführung mit Paris und München. — Am Ravensburger Theater wird die Uraufführung des deutschen Mysteriums „Angst“ von G. Schneider durch den Münchener Schauspielers und ersten Aachener Bühnenintendanten nach dem Krieger, Gerhard Kießler, inszeniert. Kießler war auch kürzlich der deutsche Sprecher einer Hauptrolle in dem französischen Spielfilm „Kinder des Olymp“. — Der selberrige Nürnberger Tenor Helm ist an Stelle des lyrischen Tenors Joop de Vries (früher Hanau) an die Hamburgische Staatstheater verpflichtet worden. — Die „Kleine Komödie“ München, gastiert gegenwärtig mit Michael Harward „Das verschlossene Haus“ in Heidelberg. Fritz Odemar als echter Pore noble traf im Ensemble mit welchem Vorrang den Ton echter Eigengestaltung. — fz.

eine Entscheidung annehmen, in der die Interessen der Länder erreicht werden, die Billigung zu veranlassen, das gesamte Deutschland, soweit es sich nicht um reine Kreisstädte handelt, durch eine gemeinsame deutsch-französische Kommission zu überprüfen.

Französische Zone

Freudenstadt. Eine eigenartige Verkehrszustände ereignete sich auf der Tornallstraße. Während der Fahrt platze an einem Tag ein Reifen. Der Sprünge des Reifens, das es mit voller Gewalt eine abnormale Distanz an Ueberstreckung, der statt durchgeschlagen wurde. Die Verletzung wurde ins Krankenhaus eingeliefert. — Von einem Kraftwagen angefahren wurde an der Tankstelle Ost eine 71jährige Frau sie erlitt eine ernste Rücken- und Kopf. Einem fest gleichen Unfall erlitt eine Frau auf der Straße von Freudenstadt nach Diersbronn unterhalb des „Bären“, auch sie land Aufnahme ins Krankenhaus. — fz.

Tübingen. Die von franz. Dienststellen durchgeführte Anwerbung von deutschen Freiwilligen in Frankreich hat bisher in Schwäbisch-Tübingen/Hohenhausen insgesamt 215 Meldungen geführt. — fz.

Sowjet-Zone

Leipzig, (Dona). Eine Zigarettenverkäuferin, die Zigaretten auch im Tausch gegen Gold- und Wertescheine, wurde durch Sprengstoff verurteilt. Die Täter sind unbekannt. — fz.

Vierzehnstündiger Berlin

Berlin, (Dona). Der Hauptanschlag der Verabschiedung Odes des Faschismus hat durch den internationalen Beirat der Verleumdung der Verleumdung des Naziführers (VFN) den letzten Kontrakt erreicht, den Opfer des Faschismus in ganz Deutschland Vergünstigungen im Reiseverkehr zuzubilligen.

Das Dach des Omnibusses kann zu Promenadendeck, zu Sonnenbänken und als Tanzfläche benutzt werden. Wenn es als Daughtagen dient, wird die Luft mit Blumendüften parfümiert. Um das Publikum zu Reisen in diesen Wagen zu veranlassen, seien die großen Tanzorchester Americas als neuen Schläger: „Steig ein, mein Liebling, die Sonne leuchtet...“ Bald nach die Nacht mit Sternspracht. Drum fest in meine Arme rutsche, das Glück winkt in der Liebeskutsche.“ P.

Bühnennotizen. Jean Paul Sartre's Drama „Die Fliegen“ wurde in der vergangenen Spielzeit in New York von drei verschiedenen Stücken gleichzeitig mit großem Erfolg aufgeführt, darunter in einer Inszenierung Erwin Piscators. In Berlin wird Jürgen Fehling das Stück im Hebbeltheater inszenieren. — Peter Martin's Komödie der erfolgreichen Stücke „Revolve im Erziehungsraum“ und „Gittas über Berlin“ hat ein neues Schauspiel „Flucht vor uns selbst“ geschrieben. — Das Stadttheater Osnabrück erwirbt Annalies Högstes Werk, die Komödie „Einkauf auf Schloß“, zur gleichzeitigen Uraufführung mit Paris und München. — Am Ravensburger Theater wird die Uraufführung des deutschen Mysteriums „Angst“ von G. Schneider durch den Münchener Schauspielers und ersten Aachener Bühnenintendanten nach dem Krieger, Gerhard Kießler, inszeniert. Kießler war auch kürzlich der deutsche Sprecher einer Hauptrolle in dem französischen Spielfilm „Kinder des Olymp“. — Der selberrige Nürnberger Tenor Helm ist an Stelle des lyrischen Tenors Joop de Vries (früher Hanau) an die Hamburgische Staatstheater verpflichtet worden. — Die „Kleine Komödie“ München, gastiert gegenwärtig mit Michael Harward „Das verschlossene Haus“ in Heidelberg. Fritz Odemar als echter Pore noble traf im Ensemble mit welchem Vorrang den Ton echter Eigengestaltung. — fz.

